



Keine Handelsabkommen ohne wirksamen Schutz von Mensch und Umwelt!

Die Schweiz steht kurz vor dem Abschluss eines Freihandelsabkommens mit den Mercosur-Staaten (Argentinien, Brasilien, Paraguay und Uruguay), ein Partnerschaftsabkommen mit Indonesien kommt in der Wintersession 2019 in die Schlussabstimmung. Diese Handelsabkommen haben grosse Auswirkungen auf den Klima- und Umweltschutz und die Bevölkerung in den beteiligten Ländern. Die vorgesehenen Zollsenkungen werden die Nachfrage nach Agrarrohstoffen, insbesondere nach Holz, Rindfleisch und Soja aus Südamerika und nach Palmöl aus Indonesien weiter anheizen. Der Anbau dieser Produkte ist stark industrialisiert und ist verbunden mit gravierenden Verletzungen des Umweltschutzes und der Menschen- und Arbeitsrechte.

Diese Handelsverträge enthalten Nachhaltigkeitskapitel, die die Schweiz und die Partnerländer verpflichten, Menschen- und Arbeitsrechte zu achten und die Umwelt zu schützen. Das Problem ist: oft ist die Kontrolle ungenügend, ob die Staaten diese Verpflichtungen auch einhalten und beispielsweise die Rechte von Indigenen und Kleinbäuer*innen auch gegen die Interessen von internationalen Konzernen durchsetzen. Es sind zudem weder regelmässige öffentliche Berichte vorgesehen noch gibt es Sanktionsmöglichkeiten, wenn die Bestimmungen nicht eingehalten werden. Ohne griffige Kontrolle und Sanktionen sind die Nachhaltigkeitsbestimmungen aber nur beschränkt wirksam.

Beim Indonesienabkommen gibt es nun aber erste Fortschritte. Zusätzlich zum Nachhaltigkeitskapitel werden die Zollsenkungen beim Palmöl explizit an die Bedingung geknüpft, dass dieses nachhaltig produziert wird. Dieses Zugeständnis ist neu und bildet ein erstes Entgegenkommen an langjährige Forderungen der SP. Bundesrat Parmelin sicherte in der Ständeratsdebatte zudem erstmals zu, eine Ausführungsverordnung zu erlassen und darin zu regeln, wie die Nachhaltigkeit an der Grenze überprüft wird. Unbefriedigend bleibt, dass der Bundesrat auf Nachhaltigkeitslabel der Branche setzen will. Denn diese halten oft nicht, was sie versprechen. Zudem fehlen Sanktionsmechanismen. Es bleibt unklar, ob weiterhin Palmöl in die Schweiz gelangt, das nur auf dem Papier nachhaltig ist.

Wir wollen eine solidarische und ökologische Handelspolitik, welche die Bedürfnisse der Menschen ins Zentrum stellt. Handelsverträge müssen der Verbesserung der sozialen Situation und der Ökologisierung dienen – in der Schweiz ebenso wie in den Partnerländern.

Umweltschutz und Menschenrechte dürfen nicht kurzfristigen wirtschaftlichen Interessen untergeordnet werden. Dazu braucht es verbindliche und ehrgeizige soziale und ökologische Standards in allen Handelsabkommen, welche regelmässig kontrolliert und bei Verstössen sanktioniert werden.

Die Handelsabkommen mit Indonesien und Mercosur müssen sicherstellen, dass Produkte, die in die Schweiz eingeführt werden, nicht unter Umständen hergestellt wurden, die Menschenrechte oder Umweltschutz verletzen und die Menschen in den Partnerländern ärmer statt reicher machen. Namentlich das Handelsabkommen mit Mercosur erfüllt (soweit bereits bekannt) diese Anforderungen bei weitem nicht.

Hingegen ist das Indonesien-Abkommen das bisher fortschrittlichste Freihandelsabkommen in Bezug auf das Thema Nachhaltigkeit, da dank dem Druck der SP erstmals Standards für nachhaltiges Palmöl in einem FHA aufgenommen wurden und es erstmals eine Umsetzungsverordnung für die Kontrolle an der Grenze geben wird. Darum wird die SP mit aller Vehemenz darauf pochen, dass die Nachhaltigkeitsvorschriften konsequent umgesetzt und eingehalten werden. Vor diesem Hintergrund fordert die SP Schweiz:

- Ein verbindliches und transparentes Verfahren, um die Einhaltung der Nachhaltigkeitsstandards vor Ort zu kontrollieren. Ein solches Verfahren muss auch unabhängige wissenschaftliche und zivilgesellschaftliche Berichte einbeziehen.
- Ein Verfahren für die Ergreifung wirksamer Gegenmassnahmen, falls Verstösse festgestellt werden.
- Eine regelmässige öffentliche Rechenschaftspflicht über den Stand der Umsetzung der Nachhaltigkeitsbestimmungen, die Ergebnisse der Kontrollen und den Kapazitätsaufbau in den Partnerländern.

Wenn diese Bedingungen nicht erfüllt sind, wird die SP Schweiz das Referendum gegen das Handelsabkommen mit Mercosur ergreifen.